Saarbrücker Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarbrücken, Kl. Markt 7
Telegramm-Adresse: „Saar-Zeitung"
Fernsprecher 70 und 82. Postscheck 30

18 DISSIPAT ATQUE FOVET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00.
Zeilenpreis: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.45 Frk., Reklamen 1.0 Frk. Amtlich Angesagte 30 Cts.

Nr. 272 — Saarlouis, Dienstag, den 29. November 1927. — 56. Jahrgang.

Albanien ratifiziert.

Tirana, 28. Nov. Die albanische Kammer hat in ihrer Abstimmung unter Namensaufruf den Bündnisvertrag mit Italien genehmigt. Es brachten einen 10 Abgeordnete, am Huldigungen auf den König von Italien, Mussolini und die verbündete Großmacht ausgebrachen. Anläßlich der Ratifizierung hat Ahmed Zogbu dem König von Italien ein Telegramm gesandt, in dem es u. a. heißt: Mit dem Schwur schließt sollen die beiden Regierungen einwigen Angriffen auf ihre Länder vorbeugen und durch friedliche Betätigung der herzgebrachten Freundschaft zur Wahrung des allgemeinen Friedens beitragen. König Victor Emanuel erwiderte, das Bündnis werde ein wirksames Werkzeug des gegenseitigen Fortschrittes für die beiderseitigen Interessen sein.

Der französisch-südslawische Vertrag veröffentlicht.

Paris, 28. Nov. Der französisch-südslawische Vertrag ist heute in seinem Wortlaut veröffentlicht worden. Er besteht aus einer Präambel und 21 Artikeln.

Französische Vergleiche.

Die französische Presse zu den neuen Verträgen.

Paris, 28. Nov. Die Morgenpresse kommt auf Grund des offiziellen Textes den Eindruck des Widerspruches des französisch-italienischen Vertrages jetzt veröffentlichten Texts des französisch-südslawischen einer Kampfansage gleichkommen dürfte, als in Anschluß gesteht war, nachmals zu einem Vergleich zwischen diesen beiden Verträgen. Ihrer Vergleich Mitte Oktober zusammen hat Mussolini die Bedeutung dieser Verträge ein. Dafür ist auch, daß sämtliche Blätter mit den gleichen Argumenten operieren. — So schreibt der Matin, man könne aus den veröffentlichten Text erkennen, daß der französisch-italienischen Vertrage denen entsprechen, die Frankreich bereits mit Rumänien und der Tschechoslowakei abgeschlossen habe. Ihr Ziel sei, den Frieden und die Sicherheit in Europa auf der Grundlage der früheren Verträge aufrechtzuerhalten und die Tschechoslovakei bei den politischen und politischen Beziehungen zu einer unbedingten Regel zu machen. Der französisch-südslawische Vertrag sei in der Form nur eine leichte Abweichung der Grundsätze von Genf in der Praxis. — Das Oeuvre schreibt, während der italienisch-albanische Vertrag ein Kriegsdokument sei, so er das Wöllerbundsrat und die von ihm eingesetzten Verpflichtungen ignoriere, der der französisch-südslawische Vertrag, der keine Militärklausel enthalte, die traditionelle Freundschaft Frankreichs und Südslawiens öffentlich kund. Er enthalte keine Bündnisbestimmung, lenken lediglich nur die Völkerrechtlich einen zwischen den beiden in gleicher Weise an der Verteidigung der Friedensvertrage interessierten Nationen so notwendigen Gedankenaustausch. Es sei glänzlich kein Widerspruch Rahmen unterworfen. Auch nicht ein einziger keine Artikel nimmt nicht ausdrücklich auf ihn Bezug. — Das Echo de Paris schreibt, der französisch-südslawische Vertrag sei mit den italienisch-albanischen Verträgen vom November 1926 und November 1927, die den Völkerbund nicht erwähnen, außer, um zu erklären, daß die Vertragsstaat werden sollen, was bekanntlich eine automatische Prozedur sei, nicht zu vergleichen. Angesichts der Tatsache, daß die europäischen Friedensbeiten das Schicksal der Kleinen Staaten vom Weltkriegsrat, das durch den Krieg an die Stelle des germanischen Mittelalters getreten ist, sicherten werden, kann man diese Verträge nicht als ein Mittel zur Sicherung des Friedens. Die Verbindung des Völkerbundes mit diesen beiden jetzt abgeschlossenen französisch-südslawischen Vertrag eine viel größere Stellung. Man kann sagen, daß der Vertrag, die darin zum Ausdruck kommt, mehr an Logik nach an Klarheit und wie glauben nicht an die Wirksamkeit derjenigen, die, wenn sie auch entstanden sind, Europa von 1919 zusammen, sagen, daß sie durch diesen Vertrag bedroht sind.

Der Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, 28. Nov. In der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages am Sonntag wurde eine Reihe hochwichtiger Probleme erörtert. Zunächst wurde die Beleidungsgruppe B. Der deutschnationale Abgeordnete Brandner forderte eine Besserung der Stellung des Staatskommissars für die besetzten Gebiete. Ferner wünschte er eine Erhöhung der Gehälter für die Beamten. Der Titel Gesandter in München müsse in Vertreter der Reichsregierung in München umgeändert werden. Eine Beschränkung der Gruppe der Ministerialdirigenten sei geboten. Die Stellung der Staatssekretäre müsse im parlamentarischen Geist geändert werden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Steinhoff meinte, daß der Ausschuß darauf Wäschicht nehmen müsse, daß die Gehälter der Unbesoldeten früher kommen könnte als man erwartet.

Danach forderte der Volksparteiler Moraß, man solle den Reichsministerpräsidenten bedeuten, damit er zu den vorgebrachten Fragen Stellung nehmen könne. Ministerialdirektor Lothar wies darauf hin, daß bei der Reichsinnenministerium eine Stellung einnehmen könnte. Mit diesen Dingen müsse sich das Gesamtministerium befassen. Die Sitzung der Ministerialdirigenten dänge mit der Gestaltung der Besoldung zusammen. Man könne sie auf absehbare Zeit nicht entbehren. Der Zentrumsabgeordnete Marx bat, daß Beschwerden angegen eine besondere Eingangsvorlage. Die Sozialdemokraten unterstützen einen Antrag der Wiederherstellung. Die Abstimmung über diesen Abschnitt wurde dann auf später verschoben.

Der Ausschuß erörterte dann die Frage der Reichsbeschäftigungen, wobei Abgeordneter Müller eine Reihe von Fragen an den Vertreter des Reichskanzlers gerichtet hatte. Die einschlägigen Anträge der Interessenverbände liegen. Der Ausschuß erledigte darauf die Titel „Nähere Bestimmungen über die Besoldung" und „Höchstbarer Erhöhung über das Kontrolle der Reichsfinanzverwaltung" und „Wiederherstellung und Wiederherstellung und Abschätzung auf Reichsbesoldung" vertagt.

Dr. Hermes über die politische Lage.

Königsberg, 28. Nov. Auf der starken Tagung der Bezirksvorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei sprach gestern abend der Reichsminister a. D. Dr. Hermes. Ohne Zweifel habe sich die politische Lage im letzten Jahre verschlechtert und es sehe keineswegs nach Besserung aus. Für Deutschland gelte es, höchst klug und wachsamen Sinn zu bewahren. Die Frage der Rheinlandräumung gehe nur sehr langsam voran. Das solle schon kein Vorwurf für die Regierung sein. Man dürfe sich keinerlei Illusionen hingeben. Im Monitor der Probleme dürfe man nicht übersehen, daß der Völkerbund ein politisches Gebilde sei. Besondere Wirkungen seien noch nicht zu erwarten. Das Vertrauen soll man aber nicht aufgeben.

Das Ergebnis der braunschweigischen Wahlen.

Der Rest noch unklar.

Braunschweig, 28. Nov. Nach den amtlichen vorläufigen Endergebnis wurden bei den gestrigen Landtagswahlen im Freistaat Braunschweig folgende Stimmen abgegeben: Sozialdemokraten 139 195 (1924 136 000), Kommunisten 10 717), Deutschnationale 26 229 (51 269), Deutsche Volkspartei 39 705 (47 526), Wirtschafts-Christlichsozialen 22 106 (23 530), Demokraten 126 219 (114 775), Kommunisten 12 942 (12 527), Nationalsozialisten 10 320 (9 467), Braunschweigisch-Niedersächsische Partei 3 361 (8 791), Zentrum 4 000 (4359), Haus- und Grundbesitzer 12 270, Volksrechtspartei 4 658.

Braunschweig, 27. Nov. Nach dem Ergebnis der Wahlen werden sich die Sitze im Braunschweigischen Landtag wie folgt verteilen:

Sozialdemokraten	23 (19)
Deutsche Volkspartei	8 (9)
Deutschnationale	5 (10)
Wirtschaftspartei	4 (4)
Demokraten	2 (2)
Kommunisten	2 (2)
Nationalsozialisten	2 (1)
Haus- u. Grundbesitzer	2 (0)

Darnach haben die Deutschnationalen 5 Sitze verloren, die Deutsche Volkspartei 1, die Braunschweigisch-Niedersächsische Partei ihren bisherigen einzigen Sitz. Gewonnen haben die Sozialdemokraten 4 Sitze, die Nationalsozialisten einen und den hinzugekommenen Haus- und Grundbesitzer mit 2 Sitzen.

Aus dem Reiche Bilsudskis.

Die deutschen Schulen in Polen.

Eine Eingabe der Deutschen in Polen an die Regierung.

Warschau, 28. Nov. Die deutsche Vereinigung in Sejm und Senat in Polen hat an den Ministerpräsidenten und den Kultusminister eine Eingabe gerichtet, in der die Forderung einer kulturel'en Autonomie für die Deutschen in Polen aufgestellt wird und als erstes die Schaffung eines deutschen Schulrechtes verlangt wird. In dieser Eingabe wird betont, daß noch viele Einzelfragen zu erörtern sein werden, daß aber zunächst einmal die grundsätzliche Frage geklärt werden soll.

Die deutsche Vereinigung stellt fest, daß nach einer privaten Zählung aus dem Jahre 1926 sich im ehemaligen deutschen Teilgebiet insgesamt 18 Deutschschulen 341 511 Personen zum deutschen Volkstum erklärt haben. In den übrigen polnischen Gebieten gibt es noch 8 deutsche Volksschulen mit 365 000 Deutsche. Die Verzeichnung der Geburtsjahrgänge im ehemals preußischen Teilgebiet hat ergeben, daß bert 41 035 deutsche Schulpflichtige Kinder vorhanden sind. Von diesen sind in 254 deutschen Volksschulen und 160 deutschen deutschen Klassen 22 365 Schüler festgestellt. 2370 Kinder gehen auf private deutsche Volksschulen und 2024 auf höhere Schulen. Die restlichen 14 275 deutschen Schulpflichtigen Kinder gehen in polnische Schulen. Als diese deutsche Schulnot, die dem Minderheitenvertrag widersprich, abzuhelfen, ersucht die deutsche Vereinigung die polnische Regierung, in Verbindung mit Artikel 109 der polnischen Verfassung, der die Bildung von autonomen Minderheitenschulverbänden vorsieht, für das gesamte deutsche Schulwesen einen Schulverband zu schaffen. Die Bildung des Verbandes hat die Verwirklichung der deutschen Forderung, die dem wahren Geist der neuen Zeit entspreche, nicht versagen werde.

Hat Polen keine andern Sorgen?

Warschau, 28. Nov. In Polen ist eine Verordnung des Staatssekretärs für Kultus und Unterricht, daß die höheren Schulen Polens in jeder Klasse, in der Nähe und in dem Direktoriat ein eingerahmtes Bild des Staatspräsidenten zu schmücken habe. Das Bild muß mindestens 60:45 groß sein. Auf diese Weise sind einige Schulen gezwungen, die zu 30 Bilder anzuschaffen.

Nur ein Deutscher.

1 Jahr unbeschränkt im polnischen Zuchthaus.

Thorn, 28. Nov. In einem Prozeß gegen 63 polnische Sozialisten in Gedenstaja wurde durch eine Zugenausage festgestellt, daß in Thorn ein Deutscher, namens Wuse, anwesend einer solchen Zugenausage ein Jahr im Zuchthaus gesessen hat. Eine von ihrem Mann geschiedene Frau bestätigt, daß ihr Mann schwerstes einen Meineid geschworen hat, und auf ihre Beschwerde nur zweimal geantwortet habe: „Der Wuse ist nicht zu bedauern, er ist ja nur ein Deutscher". Nach diesen Ausagen dürfte der Fall Wuse noch einmal aufgerollt werden. Die Verteidigung des unbeteiligten Jungen ist aber hinreichend für die Menschlichkeit, die in polnischen Kreisen, und zwar sind das die Kreise des sogenannten Weltmachtsvereins, verherrscht.

Zur Lage in Litauen.

Memel, 28. Nov. Die Gerüchte über den Sturz der Regierung Mallemeiens haben sich bewahrheitet. In Kaunas und in ganz Litauen herrscht Ruhe. Nach einem Ministerrat am Samstag wurde ein Kommuniqué herausgegeben, in dem die Bildung der für ihre Pflicht erklärt, angesichts der bevorstehenden Ereignisse darauf hinzuweisen, daß diese Gefahr für Litauen nicht für so groß angesehen, daß man genötigt sei, daß die politischen Pläne für Litauen gemacht seien. Die Pläne seien nicht auf eine feigerische Aktion hin, sondern vielmehr auf einen Umsturz mit Hilfe der Emigranten.

Paris ist beruhigt.

London, 28. Nov. Reuter veröffentlicht eine Reuter-Meldung, daß man in französischen Regierungskreisen die Haltung Deutschlands im polnisch-litauischen Konflikt für befriedigend ansehe. Der Berliner Botschafter Frankreichs habe seiner Regierung mitgeteilt, Reichsaußenminister Dr. Stresemann sei entschlossen, an der Seite Briands und Chamberlains als Vermittler zu wirken. Die englische Presse erhält allerdings Nachrichten, daß es von polnischer Seite heißt, das Wüllerbund mit der Schlichtung des Konfliktes zu betrauen unterstützen werde.